



Bezirkskonferenz der Jusos Niederbayern

Am 19.09.2021

In Landshut

Beschlussbuch

Inhaltsverzeichnis

A: Arbeit und Ausbildung	3
A1: Volle Transparenz bei Gehältern	3
F: Feminismus und Gleichstellung.....	4
F1: Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren wiederherstellen – Pflichtberatung abschaffen	4
G: Gesundheit.....	6
G1: Pflegereform korrigieren, Zukunft sichern.	6
G2: No Lauterbach – No Party. Das Gesundheitsministerium gehört in verlässliche Hände.	7
I: Internationales und Frieden.....	8
I1: Solidarität mit Belarus	8
I2: #NoMásBloqueo.....	9
U: Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz.....	10
U1: Elementarversicherung Katastrophe.....	10
U2: Nutztiere sind Lebewesen – kapitalistische Ausbeutungslogik überwinden –	11
Tierwohl entschieden umsetzen	11
W: Wirtschafts- und Finanzpolitik	13
W1: Mehr Laizismus wagen	13

A: Arbeit und Ausbildung

A1: Volle Transparenz bei Gehältern

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Rottal-Inn/ Dingolfing-Landau

Status: angenommen

- 1 Nach wie vor existiert eine gravierende Genderpaygap. Außerdem vergrößert sich der
2 Niedriglohnsektor in Deutschland rasant. Die immer noch weit verbreitete Etikette, nicht über das
3 eigene Gehalt zu sprechen, ist allgegenwärtig. Dies führt ferner dazu, dass in sogenannten
4 „Frauenberufen“ deutlich geringere Gehälter bezahlt werden. Arbeitgeber*innen lehnen
5 Tarifbindungen zu unserem großen Bedauern immer häufiger ab. Der aktuell geltende gesetzliche
6 Mindestlohn ist aus unserer Sicht einerseits unzureichend für den gegenwärtigen Lebensunterhalt,
7 andererseits reicht dieser nicht zu einer Mindestabsicherung im Rentenalter aus.
- 8 Wir Jusos möchten, dass über Löhne und Gehälter in der Öffentlichkeit gesprochen wird und eine
9 Debatte über die Wertigkeit von vor allem Hilfsberufen, Sozialberufen und Berufen während der
10 Ausbildungsphase diskutiert wird. Einen geschlechterspezifischen Lohnunterschied nehmen wir nicht
11 mehr hin. Daher plädieren wir für die sofortige Einführung einer korrekten Mindestgehaltsangabe in
12 Stellenanzeigen. Bei der Veröffentlichung der Löhne und Gehälter sind folgende Varianten zulässig:
- 13 • Bei Vollzeitstellen unter Angabe der Wochenarbeitszeit entweder das Jahresgehalt, das
14 Monatsgehalt oder die Stundenentlohnung in Euro als Bruttoentlohnung.
 - 15 • Bei Teilzeitstellen unter Angabe der Wochenarbeitszeit entweder das Jahresgehalt, das
16 Monatsgehalt oder die Stundenentlohnung in Euro als Bruttoentlohnung.
 - 17 • Bei sonstigen Beschäftigungsverhältnissen die Stundenvergütung in Euro als
18 Bruttoentlohnung.

F: Feminismus und Gleichstellung

F1: Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren wiederherstellen – Pflichtberatung abschaffen

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Rottal-Inn/ Dingolfing-Landau

Status: angenommen

1 FLINTA*-Personen in unserer Gesellschaft werden noch immer durch veraltete und
2 rückwärtsgewandte Machtkonstellationen unterdrückt. Eine der effektivsten und perfidesten Formen
3 dieser Unterdrückung ist die Fremdbestimmtheit über den gebärfähigen Körper. Allem voran wird
4 schwangeren Personen die Entscheidungsfähigkeit über ihren eigenen Körper und so auch über ihr
5 eigenes Leben abgesprochen.

6 Wird eine Person ungewollt schwanger und ist sich diese über das weitere Vorgehen nicht im Klaren,
7 bekommt sie im Idealfall von ihrem*ihre Gynäkolog*in Hinweise zu Beratungsangeboten. Gerade
8 wenn ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt werden soll, ist ein Umgehen einer Pflichtberatung
9 unmöglich, da erst nach erfolgtem Gespräch ein Beratungsschein ausgestellt wird. Diese
10 Pflichtberatung muss zwar offiziell neutral und ergebnisoffen geführt werden, davon kann aber keine
11 Rede sein, wenn in §219 (StGB) steht, dass die Beratung dem Schutz des ungeborenen Lebens dient.
12 Also nicht etwa der Entscheidungsfindung der schwangeren Person. Die Beratung soll ebenfalls zur
13 Fortsetzung der Schwangerschaft ermutigen und Perspektiven für ein Leben mit dem Kind eröffnen.
14 Eine klare moralische Abwertung eines Abbruchs wird schon hier klar. Wie kann also ein
15 Pflichtgespräch, das durch seine bloße Existenz klar macht, dass Schwangeren keine
16 Entscheidungsfindung ohne Beratung zugetraut wird, keine Belastung darstellen? An dieser Stelle
17 möchten wir klarstellen, wie wichtig es ist, eine freiwillige Beratung in angemessener Nähe zur
18 Verfügung zu haben, deshalb sprechen wir uns auch für die weitere kostendeckende Finanzierung von
19 unabhängigen Beratungsstellen und den Ausbau gerade auch im ländlichen Raum aus. Trotzdem
20 verhindert der Pflichtcharakter des Gesprächs und die Gesetzeslage eine ergebnisoffene Beratung und
21 kann die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen belasten. Auch wenn die schwangere
22 Person sich bereits vor dem Gespräch entschieden hat, macht die Pflichtberatung keinen Sinn, sie zeigt
23 nur, dass hier ein Stück Mündigkeit abgesprochen wird. Die folgende Wartezeit von drei Tagen kann
24 ebenfalls von einigen als belastend wahrgenommen werden, denn das Ziel ist klar, nämlich einen
25 Abbruch zu verhindern. Die Beratung selbst sehen wir als Chance an, die Perspektiven eröffnet, ihr
26 Pflichtcharakter aber ist eine Zumutung. Es soll die bestmögliche Beratung zur richtigen Entscheidung
27 möglich sein und diese richtige Entscheidung ist nicht immer das Fortsetzen der Schwangerschaft.

28 Wir fordern deshalb:

- 29
- 30 • Die Abschaffung von Beratungsscheinen und der stigmatisierenden Pflichtberatung durch die
31 Streichung von §219 StGB. Beratungsstellen sollen trotzdem weiterhin als freiwilliges Angebot
32 finanziert werden, die einen wichtigen Teil zur Aufklärung beitragen. Beratungsstellen müssen
33 auch im ländlichen Raum gut zugänglich und unabhängig von konfessionellen Weisungen sein.
 - 34 • Die Aufklärung muss auch durch die durchführenden Ärzt*innen möglich sein.
 - 35 • Die komplette Übernahme von Schwangerschaftsabbrüchen und gegebenenfalls die
psychotherapeutische Begleitung durch die gesetzlichen Krankenkassen.

- 1 • Besserer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, denn sie sind Teil der Grundversorgung, die
- 2 Länder müssen hier ihrem Versorgungsauftrag entgegenkommen.
- 3 • Enttabuisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, dazu gehört die Aufklärung darüber und
- 4 über Verhütung in der Schule. Öffentliche Informationsportale, die umfassend über die
- 5 Möglichkeiten aufklären und die Streichung von §219a, denn auch dieser Paragraf stellt eine
- 6 Bürde für Schwangere und Ärzt*innen dar. Sexuelle Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn
- 7 frühzeitig informiert und aufgeklärt wird und ein Abbruch frei von der Einflussnahme des
- 8 Staates und konfessionellen Organen ist und vor der Androhung von Strafe.
- 9 • Die Aufnahme von Abbruchmöglichkeiten in den Lehrplan des Medizinstudiums.

G: Gesundheit

G1: Pflegereform korrigieren, Zukunft sichern.

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Passau

Status: angenommen

- 1 Die angestoßene sog. Pflegereform von Gesundheitsminister Jens Spahn erfüllt nicht unsere
- 2 Erwartungen an die Pflege der Zukunft. Zwar ist die Stoßrichtung – bessere Vergütung für
- 3 Mitarbeiter*innen in der Pflege und planbare Kosten für Bewohner*innen und deren Familien – zu
- 4 begrüßen, allerdings bleiben die gewählten Instrumente wenig wirkungsvoll und versprechen keine
- 5 Lösung für die offenen Fragen.

- 6 Statt der Initiative von Bundesarbeitsminister Heil zum Branchentarifvertrag wurden schlussendlich
- 7 nur „tarifähnliche“ und „ortsübliche“ Konditionen im Gesetz verankert. Hierin sehen wir deutlich zu
- 8 viel Spielraum, um verlässlich gute Konditionen und beste Bedingungen für die Beschäftigten zu
- 9 garantieren.

- 10 Außerdem wurde versäumt, den Heimkosten eine solide Grenze zu setzen. Mit der schrittweisen
- 11 Reduzierung der Pflege-Kosten bei stationärer Pflege rechnet der Gesetzgeber bewusst mit den kürzer
- 12 werdenden Aufenthaltszeiten in den Einrichtungen, den Fiskus zu schonen. Außerdem steigen die
- 13 Kosten in den Bereichen Unterkunft, Verpflegung und Investition ungebremst weiter. Finanzielle
- 14 Planungssicherheit für Pflegebedürftige und deren Angehörige kann so nicht erreicht werden. Unser
- 15 Anspruch bleibt weiterhin die vollständige Deckelung der Eigenanteile bei stationärer Pflege als erster
- 16 Schritt und perspektivisch die Umgestaltung der Pflegeversicherung zu Vollversicherung.

- 17 Wir fordern unsere gewählten Vertreter*innen der SPD in Bund und Ländern in den kommenden
- 18 Jahren auf, das Thema weiter dezidiert zu verfolgen und den Missständen wirkungsvoll zu begegnen.
- 19 Gute Pflege braucht klare Regeln. Die guten Löhne für Beschäftigte und die planbaren Kosten für
- 20 Pflegebedürftige und deren Familien dürfen nicht sich nicht weiter entgegenstehen, sondern
- 21 gemeinsam das Fundament für eine zukunftsfähige Pflege bilden.

G2: No Lauterbach – No Party. Das Gesundheitsministerium gehört in verlässliche Hände.

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Passau

Status: angenommen

1 Wir fordern die Parteispitze der SPD auf, den erneuten Eintritt in eine Bundesregierung an den Erhalt
2 des Gesundheits-Ressorts zu knüpfen und dieses an Karl Lauterbach zu vergeben.

3 Begründung:

4 Nach wie vor bewegen uns die zahlreichen Gründe und Argumente, die gegen den Eintritt in eine große
5 Koalition gesprochen haben. Neben dem fehlenden Regierungsauftrag nach einer deutlichen
6 Niederlage, der unsäglichen AfD als Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag und den
7 aufgebrauchten Gemeinsamkeiten mit der Union, waren und sind wir vor allem der Überzeugung, dass
8 in diesem Bündnis nicht die Fragen der Zukunft überzeugend beantwortet werden können.
9 Unabhängig davon honorieren und respektieren wir die enorme Leistung der SPD-geführten
10 Ministerien in der vergangenen Legislaturperiode. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat bewiesen,
11 welche Wichtigkeit Schlüsselministerien wie Finanzen oder Arbeit für die Bewältigung von Krisen
12 haben. Diesem Anspruch wurde Jens Spahn als Gesundheitsminister hingegen nicht gerecht.
13 Deswegen fordern wir – unabhängig von der schlussendlich möglichen Koalitionszusammensetzung,
14 selbstredend unter Ausschluss der AfD – den Anspruch der SPD auf das Gesundheitsministerium als
15 Bedingung für eine Beteiligung an einer Regierung, um dieses Zukunftsressort in verantwortungsvolle
16 Hände zu übergeben. Hierfür ist in der SPD zweifellos Karl Lauterbach die Idealbesetzung.

I: Internationales und Frieden

I1: Solidarität mit Belarus

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Passau

Status: angenommen

- 1 Wenn auch nicht mehr im Zentrum der medialen Öffentlichkeit, so tobt in Belarus – mitten in Europa
- 2 – auch weiterhin der gewaltvolle Konflikt zwischen Lukaschenko-Regime und Zivilgesellschaft. Wir
- 3 erklären uns solidarisch mit den demokratischen Kräften in Belarus und verurteilen die staatliche
- 4 Repression. Durch manipulierte Wahlen, grobe Verstöße gegen Versammlungs- und Pressefreiheit und
- 5 staatlich orchestrierter Gewalt, unrechtmäßigen Verhaftungen und Unterdrückung verdient Alexander
- 6 Lukaschenko und sein Apparat unsere deutliche Ablehnung und wirkmächtige Sanktionen von
- 7 europäischer Seite. Die Bestrebungen hinzu Freiheit und Demokratie von großen Teilen der
- 8 belarussischen Bevölkerung unterstützen wir ausdrücklich in Form und Inhalt.

12: #NoMásBloqueo

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Passau

Status: angenommen

1 Wir fordern die gewählten Vertreter*innen der SPD auf, sich im Rahmen ihres politischen Mandats für
2 ein Ende der Blockade gegen Kuba einzusetzen. Die Blockade – die längste unilaterale
3 Wirtschaftssanktion der Welt, mittlerweile seit mehr als 60 Jahren – hat das US-Interesse eines
4 Systemwandels bisher verfehlt und vornehmlich der Zivilgesellschaft geschadet. Wir sind der
5 Überzeugung, dass imperialistische Friss-oder-Stirb-Politik das falsche Rezept ist, um Wandel
6 einzuläuten und Verbesserungen zu erwirken. Letztlich hat auch die Corona-Pandemie offen zutage
7 gefördert, dass durch ein solches Embargo nicht dem politischen System, sondern dessen
8 Bürger*innen, der entscheidende Schaden zugeführt wird. Nahrungsmittel- und
9 Medikamentenknappheit sind hier nicht die Folge aus Sozialismus und Planwirtschaft, sondern aus
10 Imperialismus und fehlender internationaler Solidarität. Als internationalistischer Verband setzen wir
11 uns also für ein Ende der Blockade ein und fordern unsere Partei zur deutlichen Artikulation im
12 Interesse der Kubaner*innen auf.

U: Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U1: Elementarversicherung Katastrophe

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Rottal-Inn/ Dingolfing-Landau

Status: angenommen

1 Das Hochwasser und Überflutungen in Passau und Deggendorf 2013, der Starkregen im Landkreis
2 Rottal-Inn 2016, Sturmschäden in den Landkreisen Passau und Freyung-Grafenau 2017, Hagelschäden
3 in Bad Birnbach 2021, wiederholte Bedrohungen durch Waldbrände in Brandenburg sowie die
4 Flutkatastrophen im Sommer 2021 im gesamten Bundesgebiet, rufen uns auf den Plan den
5 solidarischen Gedanken einer elementaren Pflichtversicherung für Katastrophen bundeseinheitlich zu
6 regeln.

7 Die Jusos Rottal-Inn fordern daher:

8 Elementare Pflichtversicherungen

9 1. Die Einführung einer bundeseinheitlichen elementaren Pflichtversicherung durch öffentlich-
10 rechtliche Versicherungsanstalten.

11 1.1. Geltungsbereiche: Überschwemmung, Hochwasser, Erdfall, Erdbeben, Erdbeben,
12 Schneedruck, Lawinen, Blitzschlag, Starkregen, Felssturz, Steinschlag, Hagel, Sturm.

13 1.2. Wiedereinführung der bisherigen elementaren Brandschutzversicherung (abgeschafft
14 1994).

15 1.3. Bundeseinheitliche Versicherungspflicht für alle bestehenden Immobilien und
16 Infrastruktur.

17 2. Konstruktion der Versicherung

18 2.1. Nicht-gewinnorientierte Versicherungseinlage, welche im Schadensfall nach
19 ausgearbeiteten Kriterien die Auszahlungen tätigt.

20 2.2. Jährliche Beitragserhöhung darf maximal 5% betragen.

21 2.3. Bei unzureichender Deckung ist eine staatliche Einlage vorzunehmen.

22 2.4. Bei der Bemessung des zu versichernden Wertes sind die Verkehrswerte alle fünf Jahre
23 neu zu bestimmen.

24 Begründung:

25 Wir sind der Überzeugung, dass auf Grundlage des Schicksals von Menschen kein finanzieller Gewinn
26 angestrebt werden darf. Der Zugang zu diesen Versicherungen ist für Alle gleichermaßen zu
27 gewährleisten und nach dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“, es auch solidarisch geregelt werden
28 soll, dass Eigentum nach unverschuldeten Elementarschäden wiederhergestellt wird.

U2: Nutztiere sind Lebewesen – kapitalistische Ausbeutungslogik überwinden –

Tierwohl entschieden umsetzen

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Rottal-Inn/ Dingolfing-Landau

Status: angenommen

1 Trotz des in den letzten Jahren in Deutschland sinkenden Fleischverbrauchs hat sich noch zu wenig am
2 allgemeinen Fleischkonsumverhalten geändert. Im Jahr 2020 wurden im Durchschnitt immer noch
3 57,33 Kilogramm Fleisch pro Kopf konsumiert. Tatsächlich stammen knapp 98 % davon von Tieren, die
4 nicht artgerecht und unter grausamen Bedingungen in der sogenannten Massentierhaltung gehalten
5 wurden. Diese Form der Tierhaltung und Produktion tierischer Lebensmittel hat äußerst negative
6 Einflüsse auf die Tiere, auf die Menschen als Konsument*innen und auch auf die Umwelt. Aktuell wird
7 von staatlicher Seite noch zu wenig getan, um den Tierschutz in der Lebensmittelherstellung
8 konsequent umzusetzen.

9 Massentierhaltung kann allgemein als eine intensive Form der Tierhaltung bezeichnet werden, bei der
10 meist nur eine einzige Tierart auf einer nicht ausreichend großen landwirtschaftlichen Fläche zum Ziel
11 der Erzeugung des größtmöglichen Ertrages gehalten wird. Der Gesundheitszustand, das allgemeine
12 Wohlbefinden sowie natürliche Verhaltensweisen der Tiere werden entweder nicht oder nur
13 unzureichend berücksichtigt oder sogar bewusst missachtet. Im Vordergrund steht bei der
14 Massentierhaltung die größtmögliche Ertragsmaximierung mit möglichst geringem Kostenaufwand
15 zulasten des Tierwohls. Uns Jusos ist es aber wichtig, solche Betriebe zu fördern und zu unterstützen,
16 die das Tierwohl in den Vordergrund stellen.

17 In der Massentierhaltung werden die Tiere auf engstem Raum und mit größtmöglichem Reizentzug
18 gehalten. Beispiele dafür sind Legehennen in Käfigen, die Anbindehaltung bei Milchkühen oder die
19 Kastenstände bei Schweinen. Aufgrund des Platzmangels können die Tiere ihre artgerechte
20 Lebensweise nicht ausleben und neigen zu Aggressivität, Ängstlichkeit, Stress und auch Kannibalismus.
21 Diese Art der Haltung führt auch zur Ausbreitung von Krankheiten in den Ställen und zur gegenseitigen
22 Verletzung der Tiere. Damit sich die Tiere nicht untereinander verletzen, werden ihnen Schnäbel,
23 Krallen oder Hörner amputiert. Diese Amputationen werden meist ohne Narkose an den Tieren
24 durchgeführt und sind sehr schmerzhaft für die Tiere.

25 Ein weiterer grausamer Eingriff ist zum Beispiel die Kastration männlicher Ferkel, um den als
26 unangenehm empfundenen Geruch von Ebern zu vermeiden. Seit dem 01.01.2021 ist zumindest die
27 betäubungslose Ferkelkastration verboten. Doch die Ferkelkastration im heutigen Sinne ist generell
28 abzulehnen. Eine Alternative wäre unter Anderem die sogenannte Immunokastration, welche eine Art
29 Impfung gegen den Ebergeruch darstellt. Dies wäre für die Tiere ein weniger drastischer Eingriff, wie
30 es aktuell der Fall ist. Alternativ dazu gibt es die Ebermast, bei der weder geimpft wird, noch kastriert.
31 Dabei kann es aber in manchen Fällen zum Ebergeruch kommen.

32 Auch bei den Hühnern gibt es grausame Maßnahmen der Tierquälerei. Bis Ende 2021 wird es noch
33 erlaubt sein, männliche Küken nach dem Schlüpfen zu töten. Dies ist das sogenannte „Küken
34 Schreddern“. Ab 2022 sollen männliche Küken noch vor der Geburt bestimmt und aussortiert werden.
35 Diese Vorgehensweise unterscheidet nun immer noch zwischen nützlichen Tieren für den Menschen
36 und nutzlosen. Deshalb wird auch bei dieser Praxis das Tierwohl nicht berücksichtigt. Es müssen

1 deshalb Alternativen gefunden werden, die das Töten von bis zu 45 Millionen Küken in Deutschland
2 pro Jahr verhindern.

3 Ebenfalls ist es als problematisch zu betrachten, dass Milchkühe zur Hochleistungsfähigkeit gezüchtet
4 werden, um so immer mehr Milch geben zu können. Vor 100 Jahren gab eine Milchkuh noch etwa 2000
5 Liter Milch im Jahr, heute sogar über 18000 Liter pro Jahr. Dies hat dramatische Folgen für die
6 Gesundheit und die Lebenserwartung der Kühe. Die natürliche Lebenserwartung einer Kuh beträgt
7 etwa 20 Jahre, in der Massentierhaltung jedoch nur bis zu vier Jahre. Die Kombination aus falscher
8 Ernährung und häufigen Schwangerschaften sorgen bei den Milchkühen für starke Schmerzen und
9 Krankheiten, was häufig auch zur Schlachtung der Tiere führt. Aus diesem Grund ist eine intensive
10 Milchwirtschaft abzulehnen und die Zucht und Haltung von Milchkühen generell zu reduzieren.

11 Als letztes Beispiel für die negativen Aspekte der Massentierhaltung kann man die Tiertransporte
12 nennen. Jedes Jahr werden in Deutschland und ganz Europa Millionen von Tieren stundenlang mit
13 LKWs transportiert. Dies bedeutet für die Tiere einen enormen Stress und setzt diese Nahrungs- und
14 Wasserentzug aus. Die unzureichenden Gesetze werden oftmals nicht einmal eingehalten. So werden
15 beispielsweise Pause-Zeiten nicht eingehalten oder LKWs werden überladen.

16 Deshalb fordern wir:

17 1. die Einführung von Bodenquoten, die je nach Tierart eine artgerechte Tierhaltung gewährleisten
18 können.

19 2. ein Verbot von Käfig-, Kasten- oder Anbindehaltung.

20 3. je nach Tierart die Einführung einer Kombination aus Weide- bzw. Freilandhaltung und Stallhaltung.

21 4. ein Verbot von Amputationen von Schnäbeln, Krallen, Hörnern, oder Ähnlichem.

22 5. ein Verbot der aktuellen Form der Ferkelkastration und Ersetzung durch die Ebermast oder die
23 Immunokastration.

24 6. ein Verbot von für den Menschen gefährlichen Medikamenten, beim Einsatz an den Tieren.

25 7. die Nutzung von Zweinutzungshühnern für die Nutztierhaltung von Hühnern, sowie das Verbot des
26 Tötens bzw. Aussortierens männlicher Küken und/oder männlicher Hühnereier vor dem Schlüpfen.

27 8. ein Verbot der intensiven Zucht von Milchkühen zur Hochleistungsfähigkeit sowie ein Verbot
28 permanenter Schwangerschaften. Zusätzlich sollen Maßnahmen gefunden werden, wie Kälber nicht
29 von den Mutterkühen getrennt werden müssen.

30 9. eine Regulierung der täglichen Stundenanzahl von Tiertransporten, sowie der maximalen Anzahl,
31 der zu transportierenden Tiere. Die artgerechte Beförderung der transportierten Tiere muss jederzeit
32 gewährleistet werden. Vorzugsweise sollen Tiertransporte durch Transporte von Fleisch oder Sperma
33 (für die Tierzucht) ersetzt werden.

34 10. eine staatliche Förderung für Landwirt*innen, um diese Maßnahmen umsetzen zu können. Diese
35 muss genau so hoch ausfallen, dass es wirtschaftlich rentabel ist, einen Landwirtschaftsbetrieb zu
36 führen und gleichzeitig das Tierwohl zu achten. EU-Argrarsubventionen sollen stärker an
37 Qualitätsstandards geknüpft werden und nicht nur von der Flächengröße abhängen. Betriebe, die
38 diese Tierwohlstandards missachten, sollen die Subventionen gekürzt oder gestrichen werden, um
39 Anreize für das Einhalten der Standards zu setzen.

W: Wirtschafts- und Finanzpolitik

W1: Mehr Laizismus wagen

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Antragsteller*in: UB Jusos Rottal-Inn/ Dingolfing-Landau

Status: angenommen

1 Deutschland ist ein multikulturelles und multiethnisches Land, indem Menschen aller
2 Weltanschauungen, sofern sie mit den Grundsätzen des Grundgesetzes in Einklang stehen, beheimatet
3 und fester Bestandteil dieser aufgeklärten und offenen Gesellschaft sind. Alle Bürger*innen der
4 Bundesrepublik haben die gleichen Rechte und Pflichten. Dies gilt insbesondere bei der Glaubens- und
5 Religionsausübung. Jedoch darf dieser individuelle Entschluss keine Folgen in ethischer, moralischer,
6 sozialer und finanzieller Weise auf das Kollektiv der Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschland
7 haben. Besonders im Bereich des Arbeitsrechts ist diese Freiheit zu gewähren und konsequent
8 umzusetzen. Daher fordern wir die Auflösung des Reichskirchenkonkordats und die Einführung einer
9 allgemeinen Sozialsteuer.

10 In der heutigen Ausgestaltung der Beziehung der Bundesrepublik besonders zu den christlichen
11 Kirchen ist ein Missstand vorhanden, welcher umgehend beseitigt werden muss. Vor allem die
12 katholische Kirche ist mit rechtlichen und steuerlichen Vorteilen bedacht, welche ihr in einer freien
13 und liberalen Welt nicht zustehen. Die Massen an Kirchenaustritten in allen Deutschen Bistümern und
14 die fehlende Bereitschaft zu einem offenen und liberalen Kurs, vor allem im Feld der Gleichstellung
15 aller Geschlechter, der fehlenden Akzeptanz der LGBTQIA+Community sowie der
16 gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und nicht zuletzt in der ungenügenden Bereitschaft zur
17 lückenlosen Aufklärung aller Missbrauchsfälle sowie den notwendigen radikalen Konsequenzen
18 daraus, zeigen, dass dieser Missstand beendet werden muss. Es ist unbegreiflich, dass
19 Führungspersonal einer einzelnen Weltanschauung von einem säkularen Staat als Beamt*innen
20 besoldet werden und dies ohne jeglichen Nutzen für den Staat selbst ist. Es ist unbegreiflich, dass der
21 Staat Steuern einfordert, jedoch bei deren Verwendung keinerlei Befugnisse besitzt. Außerdem gilt
22 nach wie vor das kirchliche Arbeitsrecht, welches in vielen Bereichen den geltenden Richtlinien des
23 AGGs nicht entspricht.

24 Die Jusos Rottal-Inn fordern daher:

- 25 1. Die sofortige Auflösung des Reichskirchenkonkordats von 1933 und Beendigung aller Abkommen
26 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und jeder Kirche sowie kirchlich organisierten
27 Gemeinschaften (Somit gilt dies nicht nur für die katholische Kirche, sondern eben auch für alle
28 evangelischen und protestantischen Kirchen sowie freikirchlich organisierten Gemeinschaften)
 - 29 1.1. Dies betrifft die Abschaffung der Kirchensteuer. Sozialleistungen, welche mit einem Teil der
30 Kirchensteuer geleistet werden, sind durch eine sogenannte „allgemeine Sozialsteuer“
31 auszugleichen. Siehe dazu Punkt 2.
 - 32 1.2. Beendigung des konfessionell gebundenen Religionsunterrichtes als ordentliches Schulfach in
33 allen Jahrgangsstufen. Dieser ist durch einen allgemeinen und weltanschaulich
34 übergreifenden Ethikunterricht zu ersetzen. Kirchlich geführte Schulen sowie konfessionell
35 gebundene Schulen sind wie Privatschulen zu behandeln. Sie erhalten keinerlei Sonderrechte.

- 1 1.3. Sämtliche Bevorzugungen kirchlicher Einrichtungen in allen Bereichen sind abzuschaffen.
2 Weiter die Aufhebung des kirchlichen Sonderweges dritter Weg und das kirchliche
3 Arbeitsrecht ist an das deutsche Arbeitsrecht anzupassen. Des Weiteren sind sämtliche
4 Konkordatslehrstühle an den Universitäten und Hochschulen abzuschaffen.
- 5 1.4. Das Besitz- und Rechtsverhältnis im Bereich von Immobilien und Mobilien (wie zum Beispiel
6 Gebäude, Wertgegenständen, Grund und Boden) muss grundsätzlich neu geregelt werden.
7 Hier muss gelten: Der/Die Eigentümer*innen ist für sämtliche Pflichten eigenverantwortlich
8 und hat somit unter anderem die Verpflichtung sämtliche Kosten zu übernehmen. Dabei ist
9 er/sie jedoch zum sachgemäßen Erhalt und Verwaltung verpflichtet. Sollte nach wiederholter
10 Aufforderung von Seiten des Staates dies nicht gewährt sein, kann hier kirchlicher Besitz zur
11 Wahrung des Kulturgutes enteignet werden. Allgemeine Förderungen von Seiten des Staates
12 können selbstverständlich beantragt werden. Diese sind jedoch gänzlich gleich wie Anträge
13 Dritter zu behandeln. Von Seiten des Staates wird daher ein einmaliges Angebot den Kirchen
14 und Gemeinschaften vorgelegt, einzelne Immobilien sowie Mobilien der öffentlichen Hand zu
15 übergeben und damit auch sämtliche Rechte und Pflichten auf die jeweiligen Bundesländer
16 zu übertragen. Damit geht das Hoheits- und Hausrecht auf das jeweilige Bundesland über.
- 17 2. „Allgemeine Sozialsteuer“
- 18 2.1. Um im Bereich der sozialen Fürsorge und sozialen Einrichtungen eine finanzielle Versorgung
19 weiter zu gewährleisten und gleichzeitig in diesem Bereich noch mehr Transparenz und
20 Gleichheit aller sozialen Einrichtungen zu erzeugen, soll eine „allgemeine Sozialsteuer“
21 eingeführt werden.
- 22 2.2. Eine Verteilung dieser Gelder soll nach Qualitätskriterien vorgenommen werden.
23 (Arbeitnehmer*innenrechte, Umwelt, Soziales usw.)
- 24 3. Die Staatsleistungen aufgrund der Enteignungen der Kircheneigentümer im Jahr 1803 lehnen wir
25 ab. Wir fordern die endgültige Durchführung des Ablösebefehls.